

DPV leitet Ausschlussverfahren gegen unliebsame Kritikerin ein

Mit einem Einschreibe-Brief informierte die dPV-Vorsitzende Kaminski Ende Juni 2010 die ehemalige hessische Landesvorsitzende und derzeitige Regionalgruppen-Leiterin Brigitte Kämpf aus Frankfurt über die Einleitung eines Ausschlußverfahrens. Entsprechendes sei vom Vorstand auf einer Sitzung am 23./24.06.2010 beschlossen worden.

Zur Begründung wird u.a. angeführt:

"In Spiegel Online vom 03.05.2010 haben Sie öffentlich und in Unterstützung der Autoren des sog. Schwarzbuchs ohne weitere Hinterfragung des Wahrheitsgehalts der dort getätigten Aussagen und ohne die Ihnen als Mitglied zustehende Möglichkeit zu nutzen, korrekte Zahlen und Informationen in den Delegiertenversammlungen der letzten Jahre zu erfragen, angeblich `auffallend hohe´ Personalkosten der Bundesgeschäftsstelle kritisiert. ...

...dass Sie im Anschluss daran ... den Wunsch äußern, dass der Vorstand von den Mitgliedern aus dem Amt abberufen wird und auch den Verbleib des Geschäftsführers in Frage stellen.

Mit Ihren Äußerungen haben Sie in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, dass die dPV, vertreten durch den Vorstand und die Geschäftsführung gemeinnützigkeitsschädlich tätig ist und darüber hinaus vorbehaltlos die haltlosen Vorwürfe aus dem sog. Schwarzbuch unterstützt."

Abschließend wird Frau Kämpf noch die Gelegenheit angeboten,

"sich mit uns am Dienstag, den 20.Juli 2010 ... in dem Ihnen bekannten Restaurant (Cosmopolitan) im Frankfurter Hauptbahnhof zu treffen",
oder sich bitte schriftlich zu den Vorwürfen gegen sie zu äußern.

An dem möglichen Gespräch mit Frau Kämpf sollten teilnehmen Frau Dr. Renesse, Frau Kaminski, ein Vorstandsmitglied des Landesverbandes Hessen, Herr Brünsing (Justiziar der BAG SELBSTILFE) sowie ggf. eine Vertrauensperson von Frau Kämpf.

Frau Kämpf hat einen Rechtsanwalt eingeschaltet und es zunächst vorgezogen sich zu der Angelegenheit schriftlich zu äußern.